DL21 FORUM DEMOKRATISCHE LINKE
DIE LINKE IN DER SPD.

Musterantrag

Sozialabbau stoppen, mehr Sozialdemokratie wagen!

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben zusammen mit den Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg den Sozialstaat erkämpft und aufgebaut. Er soll vor großen Risiken des Lebens schützen, Chancen schaffen und Sicherheit geben, wenn die eigenen Möglichkeiten an Grenzen stoßen. Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität, trägt zu wirtschaftlicher Stabilität und Wohlstand bei und ist eine wesentliche Grundlage demokratischer Entwicklung.

Heute steht dieser Sozialstaat unter enormen Angriffen. Die Bundesregierung will bei Rente, Pflege, Gesundheit, Wohngeld, Elterngeld sowie Kinder- und Jugendhilfe kürzen. Gleichzeitig sollen Tarifverträge geschwächt, Krankschreibungen erschwert, sachgrundlose Befristungen ausgeweitet, der Acht-Stunden-Tag aufgeweicht und Personal im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Doch damit nicht genug: Während bei sozialer Sicherheit gespart wird, steigen die Rüstungsausgaben in bislang unvorstellbare Höhen.

Diesen Kurs als Reformpolitik zu bezeichnen, verdreht den Begriff der Reform ins Gegenteil: Reformen sollten die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern – nicht verschlechtern. Wer den Sozialstaat abbaut und Arbeitnehmerrechte schwächt, modernisiert unsere Gesellschaft nicht, sondern verlagert die Lasten auf diejenigen, die ohnehin den größten Teil unseres Wohlstands erwirtschaften. Im Ergebnis verschlechtern sich dadurch die Lebensbedingungen von Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern, Familien, kranken und behinderten Menschen, Alleinerziehenden, Kindern und Jugendlichen – kurz: die Lebensbedingungen einer großen Mehrheit der Bevölkerung. Gleichzeitig wachsen die Vermögen der extrem Reichen auf der anderen Seite ins Unermessliche: Innerhalb eines Jahres ist die Anzahl der extrem Reichen mit einem Vermögen von mehr als 100 Mio. Euro von 4000 auf 5000 angestiegen – ein Wachstum von 25 %!

Diese Entwicklung kommt nicht aus dem Nichts. Arbeitgeberverbände und marktradikale Ökonomen bereiten ihn seit Jahren ideologisch vor. Tag für Tag erzählen sie das Märchen, der Sozialstaat sei eine Belastung für Wirtschaft und Wachstum. Dabei liegen die inneren Ursachen der wirtschaftlichen Probleme Deutschlands in einer anhaltenden Konsumschwäche, der Krise eines zu stark exportorientierten Geschäftsmodels, hohen Energiepreisen, unternehmerischen Fehlentscheidungen, ausbleibenden Investitionen und einer maroden Infrastruktur. Wer daraus den Schluss zieht, ausgerechnet den Sozialstaat zu schwächen und Arbeitnehmerrechte abzubauen, stellt die falsche Diagnose – und verordnet eine grundfalsche Therapie.

Auch bei Klimaschutz und Energiewende wächst der politische Druck, mühsam errungene Fortschritte wieder zurückzudrehen. Konservative Kräfte und einflussreiche Wirtschaftsverbände stellen klimapolitische Maßnahmen zunehmend infrage. Dabei ist die sozial-ökologische Modernisierung eine enorme Zukunftschance für Wirtschaft und Arbeitsplätze – und vor allem eine Lebensversicherung für unsere Kinder!

Die wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser unsozialen Spar- und Kürzungspolitik sowie der klimapolitischen Rückschritte sind katastrophal. Die „Reformen“ verlängern die

wirtschaftliche Krise, statt sie zu überwinden. Sie schwächen die Kaufkraft, bremsen Investitionen und schaffen weder nachhaltiges Wachstum noch sichere Beschäftigung.

Wer den Sozialstaat schwächt, schafft einen Nährboden für Resignation, Ohnmachtsgefühle und politische Enttäuschungen. Derzeit profitieren davon vor allem Rechtsextreme. Die AfD wird nicht trotz, sondern auch wegen einer Politik stärker, die den Eindruck vermittelt, soziale Sicherheit sei verhandelbar und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung stünden nicht mehr im Mittelpunkt politischen Handelns.

Für die SPD steht weit mehr auf dem Spiel als der Erfolg einer Legislaturperiode. Wesentliche Teile des sogenannten Reformpakets widersprechen der sozialdemokratischen Programmatik. Mit einer Neuauflage arbeitnehmerfeindlicher Politik droht unserer Partei erneut ein massiver Verlust an Ansehen und Glaubwürdigkeit, Wählerstimmen, Mitgliedern und gesellschaftlichem Rückhalt.

Die SPD darf nicht zur Mehrheitsbeschafferin einer Politik werden, die ihren eigenen Grundüberzeugungen widerspricht. Sozialdemokratische Politik erschöpft sich nicht darin, die schlimmsten Vorschläge der Union etwas abzumildern oder sie im Nachhinein zu rechtfertigen. Sie muss eigene Maßstäbe setzen und dort widersprechen, wo soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte und der Sozialstaat infrage gestellt werden.

Auf dem Spiel stehen nicht einzelne politische Detailfragen, sondern die mühsam erkämpften Errungenschaften der Arbeiterbewegung und bürgerlicher Freiheitsrechte, die Stärke unseres Sozialstaats und das Vertrauen der Menschen in eine Sozialdemokratie, die glaubhaft für ihre Interessen eintritt.

Deshalb brauchen wir:

- Einen sofortigen Stopp des geplanten Sozialabbaus!,

- Starke Arbeitnehmerrechte statt weiterer Deregulierung. Tarifverträge müssen gestärkt, der gesetzliche Mindestlohn weiter erhöht, der Acht-Stunden-Tag erhalten werden. Sachgrundlose Befristungen gehören abgeschafft, nicht ausgeweitet, und weitere prekäre Beschäftigung muss wirksam eingedämmt werden. Gute Arbeitsbedingungen stärken die Verhandlungsmacht der Beschäftigten, erhöhen die Kaufkraft und sichern langfristig wirtschaftlichen Erfolg.

- Eine gesetzliche Rente, die vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert. Dafür muss das gesetzliche Rentenniveau stabilisiert und perspektivisch erhöht werden. Langjährig Versicherte müssen weiterhin früher in Rente gehen können. Altersteilzeit muss erhalten bleiben. Perspektivisch brauchen wir eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen – auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte sowie Abgeordnete.

- Eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Mit einer Bürgerversicherung und einer solidarischen Pflegegarantie sollen alle Menschen unabhängig von ihrem Versicherungsstatus abgesichert werden. Dafür müssen alle

Einkommensarten – auch Kapitalerträge und Mieteinnahmen – künftig zur Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung beitragen. Gleichzeitig sind nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln zu finanzieren.

- Eine umverteilende Steuerpolitik zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und eines starken Sozialstaats. Dazu gehören eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf hohe Einkommen, eine Reform der Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Vermögensabgabe und Übergewinnsteuern.

- Preis-Obergrenzen für Inflationstreiber wie Sprit, Strom, Energie und Lebensmittel.

- Eine andere Prioritätensetzung im Bundeshaushalt. Die Rüstungsausgaben müssen beschränkt werden, um mehr finanzielle Spielräume für gesellschaftlich notwendige Investitionen in Bildung, Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau, Klimaschutz, die kommunale Daseinsvorsorge und die sozialen Sicherungssysteme zu schaffen.

- Eine entschlossene Wohnungspolitik. Bund und Kommunen brauchen wirksame Instrumente gegen Bodenspekulation sowie für die Schaffung dauerhaft bezahlbarer Mietwohnungen und eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Dazu gehören auch Mietendeckel und Vergesellschaftungen.

- Eine sozial gerechte und entschlossene Klimapolitik. Klimaschutz und Energiewende dürfen nicht zurückgedreht werden. Wir brauchen eine Politik, die unsere Zukunft sichert und bezahlbare klimaschonendere Alternativen für alle schafft. Es braucht eine stärkere Unterstützung anderer Länder beim Klimaschutz, bei der Klimaanpassung und einer nachhaltigen Entwicklung statt radikaler Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit. Handelspolitik muss sich stärker an sozialen und ökologischen Standards orientieren.

- Eine demokratisch gestaltete Transformationsstrategie von Wirtschaft und Arbeitswelt. Wir können und wollen den Wandel der Arbeitswelt, technologische Entwicklungen und den Klimawandel politisch im Sinne der Menschen gestalten. Eine starke paritätische Mitbestimmung, der Ausbau gewerkschaftlicher Rechte sowie die aktive Beteiligung der Beschäftigten an den tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt sind dafür eine unerlässliche Grundlage.

Die SPD ist den Unionsparteien in der laufenden Legislaturperiode weit entgegengekommen – vielfach sogar über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinaus. Im Gegenzug haben führende Vertreterinnen und Vertreter der Union, allen voran der Bundeskanzler, ihre Forderungen und Ankündigungen immer weiter verschärft und dazu beigetragen, den politischen Diskurs zunehmend nach rechts zu verschieben.

Wir müssen dieser Entwicklung ein Ende setzen. Regierungsbeteiligung ist kein Selbstzweck. Sie ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie dazu dient, sozialdemokratische Politik im Sinne der Menschen durchzusetzen – nicht, um Sozialabbau zu verwalten oder immer neue Zugeständnisse gegenüber dem Klassenkampf von oben zu machen.

Deshalb brauchen wir einen politischen Richtungswechsel. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, einen solchen politischen Richtungswechsel einzuleiten.

Die SPD wurde nicht gegründet, um Sozialabbau abzumildern oder gar zu organisieren. Sie wurde gegründet, um im Sinne von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Interessen der arbeitenden Menschen gegen die Interessen der wenigen Reichen und Mächtigen durchzusetzen. Wir wollen dieser Verantwortung gerecht werden.